

# Bedenken und ein Korruptionsvorwurf

WINDKRAFT Intensive Parlamentsdebatte um Mosborner Pläne

FLÖRSBACHTAL (cw). Die Bedenken im Flörsbachtaler Parlament zu den neuen Windkraftplänen für das Bergfeld waren offenbar größer als die des Gemeindevorstands. Einstimmig lehnte die Gemeindevertretung jedenfalls in ihrer jüngsten Sitzung den Vorstandsentwurf ab, das Gebiet bei Mosborn grundsätzlich für die Windkraftplanung freizugeben und den Gemeindevorstand mit dem Abschluss entsprechender Verträge zu beauftragen (wir berichteten). Ob damit Windkraftanlagen in dem Bereich generell verhindert wurden, ist allerdings fraglich. Denn Flörsbachtals Bürgermeister Frank Soer befürchtet nun, dass private Grundbesitzer zum Zug kommen könnten. Im Zuge der Debatte mussten sich der Gemeindevorstand und er selbst auch noch Korruptionsvorwürfen vonseiten der BLF stellen.

Zunächst umriss Soer noch einmal die Gründe des Antrags. Mit der vorbereiteten zweiten Offenlage des Regionalplans Windenergie für Südhessen hätten sich die ausgewiesenen Potenzialflächen in Flörsbachtal grundlegend verändert. Flächen um Lohrhaupten fielen weg, neue bei Mosborn kamen hinzu. Ohne Zutun der Gemeinde hätte der Projektierer „juwi“ ein Angebot für den Bau dreier Windräder, davon zwei auf Gemeindegrundstücken, abgegeben. „Wir befinden uns momentan in der Lage, dass wir hier eine Entscheidung nicht aus finanziellen Gründen treffen müssen, sondern aus Überzeugung“, betonte Soer. Die Finanzen der Gemeinde sähen aktuell gut aus. Aber bereits in der Vergangenheit habe man ja erklärt, einen Beitrag zur Energiewende leisten zu wollen. „Was nun hier beschlossen werden soll, ist nicht der Bau der Anlagen als solcher, denn das können wir hier nicht entscheiden. Wir können jetzt nur darüber entscheiden, dass ein Bau stattfinden kann, wenn keine naturschutzrechtlichen oder sonstigen zwingenden Gründe dagegen sprechen“, stellte der Rathauschef klar. Dazu müsse zunächst einmal geprüft werden, ob naturschutzrechtliche Bedenken bestehen. Die entsprechenden Gutachten würde „juwi“ übernehmen, sofern sich die Gemeinde für ein Projekt mit dem Unternehmen und der Naturenergie Main-Kinzig entscheide. Da der Start der Untersuchungen bereits im Februar beginnen müsse und man kein Jahr verlieren wolle, habe Soer eine Entscheidung noch im Januar für nötig gehalten.

digkeit aus ihrer Sicht viel zu optimistisch eingeschätzt sei. Sie befürchten, dass die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurückbleiben, was nach Krostewitz' Ansicht zu geringeren Pachteinnahmen führen werde. „Wir sehen hier keine Eile geboten, sondern wollen das Thema stattdessen ausführlich und umfänglich mit Bürgerbeteiligung im Haupt- und Finanzausschuss beraten“, so Krostewitz. Skeptisch äußerte er sich auch bezüglich der geplanten und von „juwi“ finanzierten Gutachten. Diese hätten für die Planungen am „Roßkopf“ ebenfalls gravierende Mängel aufgewiesen, indem Wochenstuben der Mopsfledermaus nicht erkannt worden seien. Dann holte der BLF-Fraktionschef zum Großangriff aus, indem er die Entscheidung von Bürgermeister und Gemeindevorstand in dieser Angelegenheit mit Korruption in Verbindung brachte. Die Gemeinde habe die Planungshoheit für den Flächennutzungsplan und damit die Entscheidung, ob und wo auf Gemeindegebiet Windkraftnutzung möglich sei. Lasse sie sich nun entsprechende Gutachten als Grundlage für diese Entscheidung bezahlen, werde er dies als Korruption, so Krostewitz und berief sich dabei auf zwei von ihm in Auftrag gegebene Rechtsgutachten.

## Verträge nur vorbereiten

Der Bürgermeister wies diese Vorwürfe entschieden zurück und stellte klar, dass der Pachtvertrag inklusive der Gutachtenregelung von Rechtsexperten des Hessischen Städte- und Gemeindebunds geprüft worden sei. Nach einer von der SPD-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung stellte diese einen Änderungsantrag. In diesem sollte zwar auch der Weg freigemacht werden für eine Windkraftnutzung des Gebiets bei Mosborn. Allerdings solle der Gemeindevorstand entsprechende Pachtverträge nur vorbereiten, diese aber nicht abschließen. Eventuell gebe es ja auch andere potenzielle Investoren, so Jürgen Jordan für seine Fraktion. „Allerdings wird ‚juwi‘ kein Geld für Gutachten in die Hand nehmen, wenn sie nicht sicher sein können, nachher auch den Projektzuschlag zu erhalten, sollten keinen naturschutzrechtlichen Ausschlusskriterien bestehen“, erwiderte Soer. Er befürchtete zudem nach der Ablehnung aller drei Anträge, „dass nun passiert, was

Scharfe Kritik hierzu kam von BLF-Fraktionschef Harald Krostewitz. Seine Fraktion habe das „juwi“-Angebot geprüft und attestiert ihm erhebliche Mängel. Im Gespräch mit dem GT erklären Uwe und Maritha Rämisch (beide BLF), dass die im Angebot angepeilten Erträge oder die angenommene Windgeschwin-

wir alle nicht wollten. Besitzer von Privatgrundstücken kommen zum Zug und wir haben außer möglicherweise Gewerbesteuern nichts davon“. Denn die Gebiete blieben laut Regionalplan weiterhin Potenzialfläche. So fehlten privaten Grundstücksbesitzern nur die Investitionen zum Bau.

GT  
28.1.17